

## A09 Ambitioniert, aber notwendig: Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 9 Anträge

### Antragstext

1 Als Grüne sind wir überzeugt: Eigener Wohnraum ist ein Grundrecht aller  
2 Menschen. Daher setzen wir uns für die Erfüllung des Ziels Obdach- und  
3 Wohnungslosigkeit bis zum Jahr 2030 zu überwinden ein. Dieses Ziel geht auf  
4 einen Beschluss des Europäischen Parlaments von 2020 zurück und bereits 2017 hat  
5 sich Hamburg (Drs. 21/9700) zur Umsetzung der Sustainable Development Goals  
6 (SDGs) bekannt, dessen erstes Ziel „Keine Armut“ lautet. Dabei wird Armut als  
7 Zustand definiert, in dem die Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden können.  
8 Zu diesen Grundbedürfnissen gehört auch eigener Wohnraum. Dieses wird durch das  
9 Ziel 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ verstärkt, in einem Teilziel werden  
10 die Staaten verpflichtet, für die Sicherstellung eines Zugangs zu angemessenem,  
11 sicherem und bezahlbarem Wohnraum zu sorgen. Auch die Bundesregierung hat sich  
12 diesen Zielen angeschlossen. So gibt es über alle politischen Ebenen hinweg nun  
13 das gemeinsame Ziel in der Dekade der 2020er Jahre die Obdach- und  
14 Wohnungslosigkeit zu beenden. Diesen Übereinkommen, Beschlüssen und Zielen  
15 fühlen wir uns als Grüne verpflichtet und wollen auf allen Ebenen unseren  
16 Beitrag leisten, Armut zu bekämpfen sowie Obdach- und Wohnungslosigkeit zu  
17 überwinden.

18 Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Beendigung von Obdach- und  
19 Wohnungslosigkeit bis 2030 haben sich wiederum gerade in prosperierenden  
20 Metropolen wie auch Hamburg verschlechtert. Die in den Ballungsräumen noch immer  
21 steigenden Mieten und der Einbruch beim Wohnungsbau lassen das Segment der  
22 bezahlbaren Wohnungen immer weiter schrumpfen. Dies gilt trotz der guten  
23 Wohnungsbauzahlen der letzten Jahre auch für den Sozialen Wohnungsbau in  
24 Hamburg.

25 Gleichzeitig wächst der Bedarf an Wohnraum und immer mehr Menschen sind auf eine  
26 öffentliche Unterbringung angewiesen. So hat sich seit 2022 die Zahl der  
27 Menschen in öffentlicher Unterbringung fast verdoppelt. Vor allem durch den  
28 Krieg in der Ukraine ist die Zahl sehr schnell auf fast 50.000 Menschen  
29 angestiegen. Ganz ohne Obdach auf Hamburgs Straßen leben weitere min. 2000  
30 Menschen. Obdach- und Wohnungslosigkeit trifft Menschen in ganz verschiedenen  
31 Lebenslagen. Frauen, die vor ihren gewalttätigen Partnern ins Frauenhaus  
32 fliehen, sind genauso von Wohnungslosigkeit bedroht, wie erwerbstätige  
33 Alleinstehende, die nach einer Kündigung wegen Eigenbedarf partout keine  
34 bezahlbare Wohnung finden.

35

36 Realistischerweise ist es daher für Hamburg ein ambitioniertes Ziel  
37 Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden und Wohnungslosigkeit deutlich zu  
38 reduzieren. Die geopolitische Weltlage mit einer hohen Zahl von Geflüchteten ist  
39 wiederum auch durch Hamburgische Politik nicht steuerbar hat aber Auswirkungen  
40 für das Maß der Wohnungslosigkeit in der Stadt.

41 Um eine Trendumkehr zu schaffen, müssen wir den politischen Beschlüssen neue  
42 Kraft geben und sowohl den Wohnungsbau innovativ vorantreiben als auch mehr  
43 Hilfen zum Wohnen organisieren. Gleichzeitig gilt es, auch die

44 niedrigschwellige Hilfen auf der Straße weiter auszubauen. Wir wollen, dass  
45 sozialrechtliche Hilfen alle erreichen, die sie brauchen. Bei all dem stellen  
46 wir als GRÜNE das Leitbild „Housing First“ in den Mittelpunkt unserer Politik  
47 für Obdach- und Wohnungslose.

48 Housing First zum Leitmotiv der Hamburger Wohnungslosenhilfe machen

49 Im Mittelpunkt der Politik für Obdach- und Wohnungslose steht der Mensch mit  
50 seiner Würde und seinem Recht auf eine eigene Wohnung und einem Recht auf Schutz  
51 und Privatsphäre. Daher wollen wir das durch Grüne erfolgreich angeschobene  
52 Modellprojekt Housing First verstetigen und den Housing First Ansatz zum  
53 Leitmotiv der Hamburger Obdach- und Wohnungslosenhilfe machen und  
54 dementsprechend ins Regelsystem überführen. Der Zugang zu Wohnraum steht dabei  
55 am Anfang und im Mittelpunkt, aber nicht isoliert. Die wohnbegleitenden Hilfen  
56 wollen wir ausbauen und langfristig absichern, um strukturelle Hürden beim  
57 Zugang zu Wohnraum zu überwinden.

58 Beim Ziel, alle Menschen angemessen mit Wohnraum zu versorgen, sind Wohnungen  
59 das knappe Gut. Neben weiter intensiviertem sozialem Wohnungsbau, insbesondere  
60 für vordringlich Wohnungssuchende (siehe Beschluss LMV von 25.02.2023 „Deine  
61 Stadt, dein Viertel – lebenswertes Hamburg für alle“), setzen wir uns für  
62 stärkere Wohnraumakquise im Bestand ein. Dafür stellen wir den freien Trägern  
63 Ressourcen und Kompetenzen zur Verfügung, um ihren Klient\*innen bei der  
64 Wohnraumsuche zu helfen. Und wir schaffen ein hamburgweites soziales Maklerbüro,  
65 das für die unterschiedlichsten Träger Wohnungen auf dem freien Markt akquiriert  
66 und auf ein gezieltes Förderinstrumentarium für potentielle Vermieter\*innen  
67 zugreifen kann. Wir setzen uns bundespolitisch dafür ein, dass die Kommunen ein  
68 taugliches Vorkaufsrecht erhalten – nicht nur in Gebieten mit sozialer  
69 Erhaltensverordnung. Unser Ziel ist es, den Wohnungsbestand in öffentlicher Hand  
70 und bei gemeinwohlorientierten Trägern deutlich und kontinuierlich auszubauen.  
71 Um den Bau von Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende zu fördern, wollen  
72 wir die Wohnungsbauprämie für die Bezirke pro Baugenehmigung für WA-gebundene  
73 Wohnungen verdoppeln. Noch vorhandene Freistellungsgebiete werden wir nicht  
74 verlängern. Die SAGA soll zukünftig jede zweite freierwerdende Wohnung an  
75 vordringlich Wohnungssuchende vermieten.

76 Auch in der öffentlichen Unterbringung wollen wir prioritär auf den Ansatz  
77 Housing First und Steigerung des sozialen Wohnungsbestandes setzen. Immer wenn  
78 möglich, sollen Unterkünfte nach dem Konzept „Zukunft Wohnen“ gebaut werden und  
79 von Anfang an so belegt werden, dass die einzelnen Wohnungen so schnell wie  
80 rechtlich möglich im Rahmen eines normalen Mietverhältnisses an die  
81 Bewohner\*innen vergeben werden können. Auch die aktive Ankaufpolitik von Fördern  
82 & Wohnen begrüßen wir und wollen diese weiter verstärken. Dabei soll gezielt  
83 Wohnraum für große Familien geschaffen werden, so dass diese die Chance erhalten  
84 die öffentliche Unterbringung zu verlassen. Trotz der angespannten Lage wollen  
85 wir auf gute Mindeststandards achten. Gewalt- und Kinderschutzpläne müssen  
86 weiterhin für jede Unterkunft erarbeitet und umgesetzt werden. Menschen mit  
87 psychischen und/oder körperlichen Beeinträchtigungen müssen angemessen mit Blick  
88 auf ihre spezifischen Bedürfnisse untergebracht werden, dafür wollen wir ein für  
89 neu ankommende Geflüchtete ein systematisches Identifikationsverfahren zur  
90 Bedarfsfeststellung einführen.

91 Prävention stärken und Wohnraumverlust verhindern

92 Um den Verlust von Wohnraum zu minimieren, wollen wir Zwangsräumungen noch  
93 besser verhindern und darauf dringen, die rechtlichen Möglichkeiten von  
94 Kündigungen wg. Eigenbedarf oder aufgrund von finanziellen Problemlagen weiter  
95 einzuschränken. Ein besonderes Problem sind verhaltensbedingte Kündigungen, die  
96 nicht selten mit psychischen Erkrankungen bei Betroffenen einhergehen. Hier  
97 wollen wir Hilfestrukturen etablieren, die den Verbleib in der Wohnung  
98 unterstützen und bei Konflikten zwischen betroffenen Mieter\*innen und  
99 Nachbarschaft sowie Wohnungsverwaltung zu Lösungen beitragen.

100 Auch wenn Wohnraumverlust aufgrund von Mietschulden in den allermeisten Fällen  
101 verhindert werden kann, scheitern Wohnraumsicherung oder -gewinnung trotzdem zu  
102 häufig an überlasteter Sachbearbeitung zur Leistungsbewilligung. Wir setzen uns  
103 daher dafür ein, dass Anträge, die Kostenübernahme von Mieten bzw. Umzügen  
104 beinhalten beim Jobcenter und bei den Grundsicherungsämtern prioritär bearbeitet  
105 werden.

106 Die bezirklichen Fachstellen für Wohnungsnotfälle sind eine wichtige behördliche  
107 Institution, um Wohnraumverlust zu verhindern und vordringlich Wohnungssuchende  
108 mit Wohnraum zu versorgen. Sie arbeiten seit Jahren am Anschlag, haben immer  
109 neue Herausforderungen zu bewältigen und leider unter Fluktuation und  
110 Fachkräftemangel. Wir wollen die Arbeit der Fachstellen daher extern evaluieren  
111 lassen, um ihre gute und wichtige Arbeit nachhaltig zu verbessern und  
112 strukturell zu stärken.

113 Während Menschen (kurzzeitig) in Haft sind oder für längere Zeit stationär in  
114 einer Klinik sind, muss durch das Sozialmanagement unbedingt der Wohnraum  
115 gesichert werden.

116 Niedrigschwellige Hilfen ausbauen und Zugänge zu nachhaltigen Hilfen für alle  
117 sicherstellen

118 Tagesaufenthaltsstätten, Straßensozialarbeit und weitere niedrigschwellige  
119 Hilfen sind wichtige Unterstützungsangebote für das Überleben auf der Straße.  
120 Hier erhalten Obdachlose u.a. warmes Essen, können duschen und ihre Wäsche  
121 waschen sowie Postadressen und Verwahrkonten anlegen. Der Kontakt zu der  
122 Sozialarbeit ist dabei häufig der erste und wichtigste Schritt zum Weg aus der  
123 Obdachlosigkeit. Dabei greifen sie auf ein umfangreiches System der  
124 Notunterbringung zurück. Diese Notunterkünfte bieten obdachlosen Menschen im  
125 Rahmen der Gefahrenabwehr kurzzeitig ein Dach über dem Kopf, Schutz vor  
126 Erfrierung und sanitäre Angebote sowie medizinische Grundversorgung. Aktuell  
127 besteht das Notunterkunftssystem in Hamburg im Kern aus dem Winternotprogramm  
128 sowie den Notübernachtungsstellen. Wir wollen das Notübernachtungssystem in  
129 Hamburg entlang des für alle geltenden Rechtes auf Gesundheit weiterentwickeln  
130 und setzen uns dabei für dezentrale, kleinere Angebote ein, die ganzjährig und  
131 ganztägig zur Verfügung stehen. Dabei sollen passende Angebote für spezielle  
132 Zielgruppen, z.B. für Jungerwachsene, Frauen oder Trans-Personen vorgehalten  
133 werden. Auch Menschen ohne sozialrechtliche Ansprüche oder im irregulären  
134 Aufenthalt sollen Zugang zu diesen Unterbringungsangeboten erhalten. Die  
135 Unterbringung in Einzelzimmern streben wir als Standard an, auch um die  
136 Akzeptanz der Angebote zu verbessern. Außerdem braucht es mehr Angebote, die  
137 speziell auf suchtkranke Menschen und auch Menschen mit Tieren eingestellt sind.  
138 Diese Angebote sollen im ersten Schritt das bisherige Angebot ergänzen und  
139 später ersetzen. Jede\*r Obdachlose muss schnell und unkompliziert Zugang zu

140 einem Übernachtungsplatz erhalten können – dafür braucht es barrierefreie  
141 Angebote, Abbau sozialrechtlicher Hürden und eine Vielfalt, so dass Obdachlose  
142 ein für sie passendes Angebot aufsuchen können.

143 Die gesundheitliche Versorgung von Menschen in Obdachlosigkeit und Menschen ohne  
144 Krankenversicherungsschutz wird in unserer Stadt zum Großteil von Ehrenamtlichen  
145 gestemmt. Ohne dieses freiwillige Engagement ginge es gar nicht, diese stoßen  
146 aber zunehmend an Kapazitätsgrenzen. Die gesundheitliche Lage von Obdachlosen  
147 wird immer gravierender. Es gilt daher professionelle Strukturen auszubauen, um  
148 Menschen in Obdachlosigkeit (und andere Menschen ohne Krankenversicherung)  
149 dauerhaft, nachhaltig und verlässlich helfen zu können. Die Arbeit der Hamburger  
150 Clearingstelle, an die sich Menschen ohne oder mit unzureichendem  
151 Krankenversicherungsschutz auch anonym wenden können, um ihre Ansprüche klären zu  
152 lassen und in Behandlung vermittelt zu werden, wollen wir weiter unterstützen  
153 und ausbauen. Grundsätzlich ist es unser Ziel, die Menschen (wieder) in  
154 Krankenversicherungsschutz zu bringen. Um die Wege aus der Obdachlosigkeit zu  
155 vereinfachen, setzen wir uns für einen unbürokratischen Schuldenerlass bei der  
156 Krankenkasse ein, wenn Obdachlose sich eine Meldeadresse nachweisen.

157 Uns ist es ein wichtiges Anliegen, sowohl niedrigschwellige Hilfen, als auch  
158 Angebote der Notunterbringung dezentral und sozialräumlich aufzustellen. Die  
159 Angebote der ambulanten Sozialpsychiatrie sollten dabei zukünftig auch die  
160 Zielgruppe obdachloser Menschen besser versorgen. Die digitale Teilhabe von  
161 obdachlosen Menschen soll u.a. durch in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe  
162 flächendeckend zur Verfügung stehendes WLAN und durch Zugang zu IT-Infrastruktur  
163 gestärkt werden.

164 Unser Ziel und Anliegen ist es insgesamt, Menschen nachhaltig zu helfen und in  
165 Wohnraum und unterstützende Hilfen zu vermitteln. Doch dieser Weg ist für viele  
166 obdachlose Menschen sozialrechtlich versperrt, so machten schon in der letzten  
167 Zählung 2018 Bürger\*innen ohne deutschen Pass 61 Prozent der obdachlosen  
168 Menschen in Hamburg aus. Wir wollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf  
169 Bundesebene ändern und den Zugang von EU-Bürger\*innen zu Sozialleistungen und  
170 gesundheitlicher Versorgung deutlich erleichtern, so dass auch sie  
171 existenzsichernde Leistungen und nachhaltige Hilfen erhalten können. Menschen  
172 migrieren nicht aufgrund von Sozialleistungen nach Deutschland, sondern sie  
173 kommen nach Hamburg, um hier zu arbeiten. Sie vor Verelendung zu schützen und  
174 bei ihrem Wunsch nach Arbeit und Wohnen zu unterstützen, nützt uns allen und ist  
175 perspektivisch günstiger, als sie weiterhin weitestgehend von Sozialleistungen  
176 auszuschließen.

177 Obdach- und wohnungslose Menschen werden leicht Opfer von Diskriminierung und  
178 brauchen besonderen Schutz und spezifische Angebote. Sie haben wie alle anderen  
179 ihren Platz im öffentlichen Raum und dürfen nicht verdrängt werden. Nicht häufig  
180 ist die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, (zugeschriebener) Herkunft,  
181 Religion oder Behinderung usw. sogar Ursache für Obdach- oder Wohnungslosigkeit  
182 und Hindernis bei der Wohnraumvermittlung, deswegen muss Diskriminierung auf dem  
183 Wohnungsmarkt ein Ende haben. Dafür wollen wir das Antidiskriminierungsrecht  
184 stärken. Vulnerable Gruppen sind auch unter den Wohnungslosen häufiger von  
185 Gewalt betroffen. Es braucht daher spezielle Schutzangebote und besondere  
186 Maßnahmen zur Prävention und Wohnraumvermittlung für diese Zielgruppen.

187 Eine besondere Zielgruppe sind die sogenannten Care Leaver, Jungerwachsene, die  
188 aus den (stationären) Angeboten der Jugendhilfe altersbedingt entlassen werden  
189 und besonders häufig von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Wir setzen uns dafür  
190 ein, dass junge Erwachsene zukünftig aus der Jugendhilfe nicht mehr in die  
191 Wohnungslosigkeit entlassen werden und bei Bedarf auch bis zum 27. Lebensjahr in  
192 die Angebote der Jugendhilfe zurückkehren dürfen, so dass junge Menschen sich in  
193 sicheren Rahmenbedingungen auf Studium oder Ausbildung konzentrieren können –  
194 auch wenn sie kein eigenes familiäres Auffangnetz haben.

195 Ziel der Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit ernst nehmen und mit  
196 entsprechender Priorität angehen

197 In der kommenden Legislaturperiode müssen die Weichen neu gestellt werden, um  
198 das Ziel der Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu  
199 erreichen. Auch wenn insbesondere die Überwindung von Wohnungslosigkeit mit  
200 Blick auf den Wohnungsmarkt und den kontinuierlichen Zugang von Geflüchteten in  
201 die öffentliche Unterbringung schwerfallen wird. Als Grüne setzen wir uns dafür  
202 ein, dass Politik, Verwaltung und freie Träger konstruktiv und auf Augenhöhe  
203 zusammenarbeiten, um Obdachlosigkeit zu überwinden und Wohnungslosigkeit  
204 mindestens stark zu reduzieren. Die Stadt muss die nötigen Kapazitäten und  
205 Ressourcen zur Verfügung stellen, sowohl in den eigenen Dienststellen als auch  
206 bei den freien Trägern und das Subsidiaritätsprinzip nutzen. Obdachlosigkeit zu  
207 überwinden ist eine Kraftanstrengung, die nur gemeinsam und nur mit der  
208 entsprechenden Prioritätensetzung erreicht werden kann. Dabei brauchen wir die  
209 Teilhabe und Partizipation der Verbände der freien Träger und wollen  
210 innovative Beteiligungsformate von (ehemals) Obdachlosen sowohl bei Planung  
211 neuer Ansätze als auch bei der Umsetzung der Angebote fördern.

212 Um Obdach- und Wohnungslosigkeit deutschlandweit nachhaltig zu überwinden,  
213 müssen wir Armut effektiv bekämpfen und den Wohnungsmarkt gerechter gestalten.  
214 Damit ist Politik für Wohnungslose, eine wichtige Politik für viele  
215 armutsbetroffene Menschen und für den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft.